

KARDINAL REINHARD MARX

„Die Konzentration auf die Kapitalrendite ist eine Verirrung“

Der Kardinal und Bestsellerautor plädiert für eine Erneuerung der Marktwirtschaft. Insbesondere Manager und Bankvorstände fordert er auf, ihre Fixierung auf den Jahresgewinn zu überdenken: „Das reicht nicht aus, um ein moralisches Subjekt zu sein.“



Kardinal Marx im Gespräch mit den Handelsblatt-Redakteuren Gabor Steingart und Torsten Riecke in seinem Arbeitszimmer

Herr Kardinal, das deutsche Parteiensystem ist in Bewegung, Griechenland droht im Chaos zu versinken, und um den Euro ist auch es nicht zum Besten bestellt. Ihr Vorgesetzter, der Papst, aber hat von der Kirche gefordert, sich aus gesellschaftlichen Angelegenheiten möglichst herauszuhalten. Er sprach von „Entweltlichung“. Aber wie soll das gehen?

Entweltlichung meint ja nicht, dass wir nicht mehr zu der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Stellung nehmen sollten, das hat der Papst durch seine eigene Sozial-Enzyklika selbst getan. Es kann, wenn wir vom Evangelium her denken, nicht um einen Rückzug der Kirche aus der Welt gehen, sondern es geht um ihr In-der-Welt-Sein. Der Glaube an einen Gott, der die Welt unbedingt liebt, stört den selbstzufriedenen Weltenlauf, stört Selbstgenügsamkeit und die Versuchung, sich über die anderen zu erheben und womöglich selbst als Mittelpunkt der besten aller Welten zu sehen.

Gerade wir Deutschen versuchen derzeit, dem Rest Europas unsere Vorstellung von Erfolg nahezubringen. Erliegen wir da im Sinne dessen, was Sie gerade gesagt haben, der Versuchung, uns selbst zu überhöhen?

Ich meine, dass das europäische Projekt lohnenswert ist, dass man es nicht nur darüber definieren darf, wer wie viel dafür zahlen muss. Ich bin seit einigen Wochen als Präsident verantwortlich für die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Europa auseinanderbrechen könnte - oder dürfte. Es bedarf dafür der Solidarität und des engagierten Einsatzes aller.

Haben Sie eine Idee oder gar eine göttliche Eingebung, wie Europa sich retten ließe?

Ich habe keine Patentlösung für alles, was auf der Tagesordnung steht. Aber ich

merke bei vielen Kontakten außerhalb Europas, dass alle sehr gespannt darauf schauen, ob es uns Europäern gelingt, ein Gemeinwesen aufzubauen, das vielleicht nicht ein Staat im engeren Sinne ist, aber doch eine verbindliche Gemeinschaft darstellt, die verschiedene Kulturen und Sprachen verbindet und solidarisch zusammensteht. Wir sehen in der Krise zu wenig, welch unglaubliches Projekt Europa bedeutet.

Sie sprechen von Solidarität. Aber was bedeutet dieses Wort konkret: Ist solidarisch der, der den Krisenländern weiteres Geld gibt, oder der, der von ihnen Verantwortung einfordert?

Hilfe muss einen Sinn machen. Die katholische Soziallehre fordert sehr eindeutig das Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Wenn wir also Transfers leisten, müssen wir uns immer fragen: Was bewegt das im anderen? Bei dieser Diskussion dürfen wir auch nicht vergessen, wie wir in diese Krisensituation hinegekommen sind. Diese Selbsterkenntnis gehört auch dazu, um zukünftige Fehler zu vermeiden.

An welche Fehler denken Sie?

Man hat die Idee der Währungsunion und die der Politischen Union getrennt voneinander behandelt. Das eine jetzt, das andere später, das war die Denkrichtung. Dabei wussten eigentlich alle, dass eine Währungsunion eine engere politische, besonders finanzpolitische Union hervorrufen muss. Davon hat Helmut Kohl ja auch gesprochen. Dann aber ist

das Wort „Politische Union“ wie ein Unwort behandelt worden. Es verschwand, weil man sich dieser Realität mit all ihren Auswirkungen auf die Handlungsspielräume von nationaler Politik nicht stellen wollte. Das ist die eine Ursache unserer heutigen Krise. Die andere: Man hat die Verträge, die man zur Gestaltung der Währungsunion geschlossen hat, nicht eingehalten.

Welche Schlussfolgerung ziehen Sie daraus? Den Euro wieder abschaffen? Oder Weiterretten bis zur Einführung der Transferunion?

Hier kommt die Solidarität zum Tragen, auch wenn das nicht bedeuten darf, dass einer Geld gibt und alle anderen es nehmen. Die Währungsunion - wenn wir sie behalten wollen - zwingt uns stärker dazu, eine Schicksalsgemeinschaft zu werden. Wenn wir keine Schicksalsgemeinschaft sind, werden wir auch kein gemeinsames europäisches Projekt verfolgen.

Also sprechen wir über eine große Aufgabe für die Politik? Reicht das? Sind hier wirklich nur die Vertreter des Parteienstaates gefordert?

Nein, wir sprechen auch über einen wild gewordenen Kapitalismus. Es gab eine Zeit, wo man meinte: Wenn man die Märkte entfesselt, die Finanzmärkte in besonderer Weise mit neuen Finanzprodukten versieht und „easy money“ in die Welt hineinstreut, dann ist alles möglich. Das muss man jetzt aufarbeiten und künftig vermeiden.

Gerade machen wir Europäer allerdings, um uns zu retten, das, was zu diesen Verwerfungen geführt hat. Die Europäische Zentralbank platziert an einem einzigen Tag so viel Liquidität in den Markt, über 500 Milliarden Euro, wie Deutschland an Steuern in einem Jahr erhebt.

Ich bin kein Finanzfachmann, aber ich sehe solche Summen mit Sorge. Ich habe



Thomas Einberger für Handelsblatt (2), VAN HAM Kunstauktionen, Selina Pfrüner

VITA

Ausbildung Reinhard Marx wird 1953 als Sohn eines Schlossermeisters im westfälischen Geske geboren. Das Studium der Theologie führt ihn von Paderborn bis nach Paris.

Karriere In der katholischen Kirche startet Marx als Wissenschaftler, der sich immer wieder mit sozialpolitischen Fragen auseinandersetzt - mit seiner kraftvollen Sprache mischt er sich in die großen gesellschaftspolitischen Debatten ein. In der Hierarchie steigt er vom Weihbischof in Paderborn zum Bischof von Trier auf. Mit 48 Jahren ist Marx der jüngste Diözesanbischof Deutschlands. 2007 ernannt Papst Benedikt XVI. ihn zum Erzbischof von München und Freising. Damit gilt er als Favorit für den Vorsitz der Deutschen Bischofskonferenz - der ihm jedoch bislang versagt blieb. Im November 2010 ernannt der Papst ihn zum Kardinal.

Sozialpolitik Sein sozialpolitisches Engagement unterstreicht Marx 2008 noch einmal mit seinem Buch „Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen“. Das Werk ist auch eine kritische Abrechnung mit einem „wild gewordenen Kapitalismus“.



KARRIERE
Eine neue Generation an Firmengründern will soziale Probleme lösen. **Seite 66**



KUNSTMARKT
Kunstgewerbe und Niederländer: Rekordpreise bei Lempertz. **Seite 74**



Das europäische Projekt ist lohnenswert – man darf es nicht nur darüber definieren, wer wie viel dafür zahlen muss.

Als engagierter Christ liebt Reinhard Marx die Debatte. Von einer Entweltlichung der Kirche ist bei dem Kardinal nichts zu spüren.

vor allem nicht den Eindruck, dass das besonders wirkungsvoll ist.

Was wäre wirkungsvoller?

Es geht um Vertrauen. Es geht darum, ob wir zu einer Politik zurückfinden, die dabei hilft, dass sich Finanzmärkte und Realwirtschaft wieder stärker aufeinander beziehen. Das heißt, dass man das, was man ausgibt, auch zunächst einmal einnehmen muss. Die Rückkehr von Vertrauen ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme.

Im Schuldenbegriff steckt auch eine moralische Dimension. Schuld und Schulden liegen schon sprachlich nah beieinander. Sie sagten gerade: Eigentlich dürfte man nur das ausgeben, was man auch eingenommen hat. Ist der Kredit damit per se diskreditiert?

Kredit heißt doch: Ich glaube daran, dass du mit dem Geld, das ich dir gebe, sehr viel Gutes machen kannst. Ich traue dir zu, dass du das sogar vielfältigen kannst. Dieses Grundvertrauen aber ist verloren gegangen.

Aber wo liegt aus Ihrer Perspektive dann der ethische Kern des Problems? Bei den Banken? Bei den Menschen? Bei der Arglosigkeit insgesamt, beim weltlichen Lebensstil?

Ich würde sagen, der Kern liegt in der Vorstellung, dass wir ohne große An-

strengungen reich werden können in einem entfesselten kapitalistischen System. Ich habe immer bewusst unterschieden zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. Beim Letzteren steht die Profitrate des Kapitals im Zentrum von allem, nicht die Realwirtschaft. Wenn sich aber alles nur auf die Kapitalrendite konzentriert, ist das eine Verirrung.

Die Marktwirtschaft versucht dagegen, in einem magischen Viereck Kunden, Beschäftigte, Staat und Wirtschaft mit einzubeziehen.

Das ist in der Tat ethisch verantwortlicher. Wenn ich so etwas übrigens in den USA sage, denken die, ich spreche von Sozialismus. Nach Pfingsten reise ich wie auch schon früher in die Vereinigten Staaten, um mein stärker europäisch geprägtes sozialetisches Denken mit den Verfechtern der Chicago School zu diskutieren. Dort herrscht ja immer noch die Vorstellung, dass der Markt die Probleme alleine löst, wenn man ihn lässt, und dass die politische Ordnung nur stört.

Welche Rolle spielen in Ihrer Argumentation die Unternehmer, die Mittelständler, also jene Menschen, die etwas riskieren?

Wir dürfen nicht nur über Großunternehmen reden. Diese Fixierung auf die Aktienkurse, das regt mich auf, seitdem ich diese kleinen Zahlen sehe, die auf



Die moralische Seite der Wirtschaft: Kardinal Reinhard Marx erklärt im Interview mit dem Handelsblatt, wie die Ökonomie ihr ethisches Gleichgewicht zurückgewinnen kann. Dem Staat fällt dabei die Hauptaufgabe zu: durch Umverteilung und Mindeststandards. Doch auch die Unternehmen und Manager tragen eine moralische Verantwortung und müssen sich daran messen lassen. Von einem Rückzug der Kirche hält er nichts.

einmal ständig im Fernseher durchs Bild laufen. Als wäre der Aktienmarkt das entscheidende Kriterium für die Wirtschaft. Wenn Sie sich den Mittelstand anschauen, Handwerksbetriebe, auch große Private, die nicht an der Börse sind, die gut funktionieren, da merkt man, dass der Blick auf Aktienkurse eine zu enge Sicht ist.

Sie sind also ein Freund des Mittelstandes?

Das ist der Hauptbereich der deutschen Wirtschaft. Mich beeindruckt vor allem die Kreativität in Mittelstand und Handwerk. Wenn Sie sich anschauen, was die in der Finanzkrise geleistet haben: Das ist schon das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Viele unserer kleinen, mittelständischen Maschinenbauer sind weltweit führend, das ist doch unglaublich. Also mich fasziniert das sehr. Ich liebe deswegen auch Gründungsgeschichten von Firmen.

Was entdecken Sie dort?

Es geht um Menschen, die etwas in Gang bringen, mit Ideen. Nicht nur Start-up-Unternehmen wie Mr. Zuckerberg von Facebook. Mittelständische Unternehmen finde ich sehr, sehr spannend. Und das gibt's eben nur - da kommen wir wieder zum Ausgang - in der Marktwirt-

Fortsetzung auf Seite 62

Fortsetzung von Seite 61

schaft. Nur in einer freien Gesellschaft können sich Potenziale dieser Art entfalten. Und da ist Deutschland doch nicht so schlecht.

Die Marktwirtschaft mit ihren Werten ist das Leitbild auch für den Mann der Kirche?

Die Soziale Marktwirtschaft. Das heißt, dass Wirtschaft eingebettet ist in Rahmenordnungen. Das politische System gehört dazu, Kultur gehört dazu. Marktwirtschaft setzt auch Moral voraus. Das werden auch andere, sehr, sehr große Länder noch merken.

Diskutieren Sie darüber mit Vertretern dieser aufstrebenden großen Länder? Mit den Chinesen beispielsweise?

Der chinesische Staatspräsident hat mich noch nicht eingeladen zu einem Gespräch, aber vielleicht kommt das noch.

Können überall die gleichen Standards oder die gleichen Leitbilder gelten wie bei uns – unabhängig von der historischen Situation oder vom Entwicklungsstadium der Länder?

Wenn wir einen weltweiten Handel wollen, brauchen wir Mindeststandards. Wir brauchen politische Ordnung, so etwas wie eine Weltinnenpolitik.

Sind das unsere westlichen Mindeststandards?

Wir müssen darüber diskutieren. Wir können nicht einfach sagen, es sollen chinesische Mindeststandards sein. Solange der Westen mit seinem Wertesystem noch mehr als 50 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts herstellt, müssen wir unseren Einfluss auch geltend machen. Wobei sich das auch nicht nur an Marktanteilen, an Zahlen, festmachen darf. Es geht auch um die geistige Kraft, die man hat. Wer kann wie die Weltinnenpolitik gestalten? Das ist die große Frage.

Haben Sie eine Antwort?

Wir Europäer müssen uns auch geistig und moralisch wieder auf den Weg machen. Das ist nicht gegen die Marktwirtschaft gerichtet, im Gegenteil. Eine langfristige Orientierung, die von den chinesischen Kommunisten bestimmt wird, kann doch nicht unser Ziel sein. Es waren gerade die Bischöfe aus Ecuador bei mir. Da hören Sie, was China dort veranstaltet. Die kaufen dort alles auf. Ebenso in Afrika. Überall.

Empfinden Sie das als bedrohlich?

Ich will keine Bedrohungsszenarien aufmalen. Als Christ bin ich Universalist. Jeder Mensch ist Bild Gottes und hat Vernunft, und deswegen glaube ich auch, dass es eine Menschheitsfamilie geben kann. Aber von selber läuft es nicht auf das Gute hinaus. Wenn man das laufen lässt, setzt sich manchmal der Gierige durch und der Machthungrige. Deswegen braucht man im 21. Jahrhundert eben eine Weltinnenpolitik. Und wer wird die bestimmen? Die undemokratischen Länder sind in der G20 die Mehrheit. Und das einfach hinzunehmen und zu sagen, Hauptsache wir überleben, das geht doch nicht.

Was schlagen Sie vor?

Wir müssen mehr dafür tun, dass unsere Ideen von Menschenwürde, auch im Arbeitsverhältnis, auch in der Art und Weise, wie wir Handel miteinander betreiben, welche ordnungspolitischen Prinzipien da gelten sollen, sich im Rahmen der G20 durchsetzen. Gerade der Westen darf – bei aller Faszination – nicht einfach

Chinas Standards nacheifern. Wir bilden eine Wertegemeinschaft, das muss wieder klarer werden.

Gilt das auch für Unternehmen wie Volkswagen, die gerade eine neue Autofabrik in einem chinesischen Krisengebiet bauen wollen?

Auch Volkswagen hat eine Werteverpflichtung, selbstverständlich. Ich sage immer, es gibt mehrere Ebenen der Ethik: einerseits die Ordnungsethik, die mit ihren staatlichen Übereinkünften wie in der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Weltarbeitsorganisation (ILO) für Mindeststandards sorgt. Das andere sind die Selbstverpflichtungen der Unternehmen. Wir wollen ja, dass unsere Unternehmen auch nicht einfach Geld verdienen durch unlauteren Wettbewerb und dass sie Leitbilder haben, die über das hinausgehen, was vom Gesetz vorge-schrieben wird.

Aber wie wollen Sie das durchsetzen?

Man muss Managern oder Bankern klar-machen: Es wird nicht reichen, wenn sie in den Himmel kommen und sagen: „Ich war nie vorbestraft, ich habe also hier Zutritt.“ Das reicht nicht aus, um ein moralisches Subjekt zu sein. Das gilt für mich auch.

Ab wann kommen der Manager und der Banker in den Himmel?

Das ist eine Frage, die oben entschieden wird, das entscheide ich nicht.

Aber Sie sagen: Der Unternehmer muss die Verantwortung tragen für sein Handeln, auch und gerade wenn die Wirkungen seines Handelns über die nächste Bilanz hinausragen.

Wir sind auf der Welt, um dieses eine Leben zu leben, es gibt kein zweites. Und dieses Leben muss ich verantworten. Nach unserer christlichen Vorstellung stehe ich am Ende vor Christus und muss auf die Frage antworten: Was hast du gemacht? Dieser Gerichtsgedanke, der für so viele bedrohlich ist, den muss man auch andersherum wenden. Das heißt positiv: Mein Leben ist eine Gabe, die ich gestalten muss. Das ist ein riesiger Impuls, der das Abendland geprägt hat, es angespornt hat, besser zu werden, nach vorne zu gehen. Das gilt auch für Manager. Sie müssen wissen, dass sie einmal Rechenschaft ablegen müssen. Dass sie einmal Verantwortung übernehmen müssen für das, was sie getan haben, und für das, was sie unterlassen haben.

„Hire and fire ist doch kein Programm, das ist ökonomischer Unsinn.“

Wird diese Verantwortung zu wenig gesehen?

Ich glaube schon. Weil der Himmel ja nicht mehr präsent ist, weil die Leute glauben, es gebe kein Gericht, der liebe Gott sei brav und sage: Ist schon in Ordnung. Aber die Verantwortung zu tragen für die Familie und die Firma, für das, was man tut, das gehört eben auch zum Christentum dazu. Und das ist eine positive Sicht des Menschen.

Unternehmer sind gerade in schwierigen Zeiten hin- und hergerissen. Es gibt ja auch viele christliche Unternehmer, die Mitarbeiter entlassen, Leistung einfordern müssen, wenn sie überleben wollen.



Martin Lengemann/Intro:

Die Unternehmer haben doch die Erfahrung gemacht, dass motivierte, gute Mitarbeiter eine Hilfe waren, um durch die Krise zu kommen, kein Hindernis. „Hire and fire“ ist doch kein Programm, das ist ökonomischer Unsinn. Zu einem Unternehmer gehört beides, der muss natürlich auch schwierige Entscheidungen treffen. Aber die andere Seite ist doch auch großartig, ein Unternehmer, der sagen kann: „Ich habe ein großes Projekt in Gang gebracht, ich habe eine Idee mit anderen zusammen auf den Weg gebracht.“ Das erleben Sie gerade bei den mittelständischen Unternehmern, dass die auch anerkannt sind, wenn sie auch menschlich mit ihren Leuten verbunden sind.

Und wenn es schiefgeht? Wie bei Anton Schlecker oder bei Opel?

Na ja, wenn es schiefgeht, ist es natürlich oft auch menschliches Versagen.

Müssen wir das „Schiefgehen“ auch akzeptieren, oder muss der Staat dann einspringen? Einige haben gesagt, 10 000 Verkäuferinnen von Schlecker können nicht für die Fehler ihres Arbeitgebers haftbar gemacht werden.

Die können ja auch wirklich nichts dafür. Solidarität bedeutet, dass die Gemeinschaft für bestimmte Risiken eintritt. Das ist übrigens gute katholische Soziallehre. Die erste Arbeitslosenversicherung hat ein katholischer Priester als Reichsarbeitsminister eingeführt in Deutschland.

Heinrich Brauns. Eben aus der Überlegung heraus, dass Risiken zur Marktwirtschaft, zur sogenannten „schöpferischen Zerstörung“ auf den Markt gehören. Diese Risiken kann ich nicht wegschieben. Aber das Risiko kann nicht der Einzelne alleine tragen. Dieser Gedanke ist nicht selbstverständlich gewesen am Anfang der Marktwirtschaft. Dass er sich durchgesetzt hat, ist doch eine großartige soziale Leistung. Wir sehen das Risiko, und was tun wir? Wir sagen: Wir tragen das solidarisch.

Steckt in dem, was Sie sagen, der Wunsch, dass der Staat für die Moral im Markt sorgen muss? Und: Kann er das überhaupt?

Der Staat kann Werte nicht produzieren, aber er kann sie wertschätzen. Natürlich ist der Staat weltanschaulich offen, aber er ist nicht indifferent. Es ist ihm nicht gleichgültig, was die Menschen tun. Das darf nicht sein. Die Politik ist ja nicht einfach nur Geschäftsführer verschiedener Interessen ohne eigene Idee, ohne eigene Zielvorstellung. Das wäre ja das Abdanken eines jeden Gemeinwesens. Der Staat muss eine gemeinsame Idee haben.

Wie sollte diese Idee aussehen?

Diese Idee wird am besten ausgedrückt mit dem Prinzip des Gemeinwohles, das Werte voraussetzt. Noch einmal: Der Staat ist weltanschaulich neutral, aber nicht indifferent. Das heißt, der Staat sollte die Orte schützen und wertschätzen.



Man muss Managern und Bankern klarmachen: Es wird nicht reichen, wenn sie in den Himmel kommen und sagen: „Ich war nie vorbestraft, ich habe also hier Zutritt.“ Das reicht nicht aus, um ein moralisches Subjekt zu sein.

Jürgen Fitschen (l.) und Anshu Jain, Chefs der Deutschen Bank

zen, wo Werte entstehen, wo sie gelebt werden, wo Solidarität, Mitgefühl, auch Scham, Ehrgefühl heranwachsen. Das sind vor allem Familie und Religion. Deshalb haben wir in Deutschland die starke Tradition, religionsfreundlich zu sein. Nicht im Sinne einer Staatsreligion, aber schon so, dass Religion den Raum bekommt, den sie braucht.

Es nützt aber der beste Religionsunterricht nichts, wenn die Finanzwirtschaft von Werten wie Maßhalten und Verantwortung offenbar freigestellt ist.

Ja, das geht eben nicht. Natürlich sind einige so sehr reich geworden. Und andere haben sehr viel Schaden erlitten. Auch weil wir das Signal an die Banken gegeben haben: Keine Sorge, zur Not retten wir euch. Das ist marktwirtschaftlich nicht richtig. Es fehlt dann etwas in diesem Spiel von Verantwortung und Risiko, das Prinzip der Haftung.

Sind Staat und Geldelite in ein symbiotisches Verhältnis hineingewachsen, wo der eine den anderen mit immer neuem Kreditgeld versorgt und der andere ihn dafür rettet?

Ich glaube schon, dass die globalen Finanzmärkte, auch die globalisierten Unternehmen, Anforderungen an die Politik stellen, die die Möglichkeiten des Staates überschreiten. Aber wenn ich sehe, auf welche Ebenen sich Entscheidungsprozesse dann verlagern, in welcher Bar in London Sachen beschlossen

werden, die vielleicht Folgen für die ganze Welt haben, löst das bei mir ein ungutes Gefühl aus. Wer trägt Verantwortung für welche Entscheidung? Das ist undurchsichtiger geworden. Jedenfalls für mich.

Das Verhältnis zwischen Markt und Staat ist ja eine sehr wackelige Balance. Wir müssen uns doch ständig fragen, wie

weit sich der Staat vorwagen darf: zum Beispiel Mindestlöhne: Darf der Staat so was vorschreiben? Oder die Managergehälter: Soll der Staat da mitentscheiden? Oder das Verhältnis von Arm und Reich: Soll der Staat umverteilen?
Da würde ich sagen: Ja.

Bei allen drei Beispielen?

Bei allen dreien. Ein Mindestlohn ist natürlich eine Frage der Ausgestaltung. Aber wenn man ganz grundsätzlich fragt: Muss der Staat eine Untergrenze für menschenwürdige Arbeit ziehen? Dann sage ich: Ja, das muss er. Wir wissen aus der Erfahrung, dass der reine Markt das nicht unbedingt löst. Auch, wenn es sicher nicht der Idealfall ist. Etwas anders liegt die Frage nach den Managergehältern. Da ist die Frage des Marktes: Wie

„Ohne ein gewisses Begehren gibt es auch keine Marktwirtschaft.“

viel wollen die Aktionäre ihren Vorstandsvorsitzenden zahlen? Aber auch da kann der Staat eingreifen, etwa indem er durch Steuern hohe Gehälter abschöpft.

Sind Gehälter von 15 oder 16 Millionen Euro unanständig?

Die Menschen empfinden das zu Recht als nicht richtig, als unangemessen. Zwischen dem, was ein normaler Arbeitnehmer verdient und dem, was ein Vorstandsvorsitzender verdient, liegen unverhältnismäßige Abstände. Wir sind wirtschaftlich gut vorangekommen in Deutschland ohne solche Diskrepanzen zwischen den Gehältern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Marktwirtschaft Schaden nimmt, wenn wir hier ein wenig mehr schauen, dass die Proportionalität angemessener wird.

Und die Umverteilung zwischen Arm und Reich?

Die Steuer ist die erste Umverteilung. Der Steuerstaat greift in den Verdienst eines Menschen ein und sagt: Dir nehme ich 50, 30 oder 40 Prozent vom Einkommen weg, um für die Gemeinschaft Aufgaben zu erledigen. Natürlich ist das Umverteilung. Das geht ja gar nicht anders.

Gibt es nicht auch in den Zehn Geboten den Satz: Du sollst nicht begehren ...

Die Zehn Gebote sind gar nicht so leicht, wie manche denken. Nicht zu begehren heißt natürlich, selber zur Ruhe zu kommen und nicht das haben zu wollen, was den anderen gehört. Das ist also im Grunde eine friedensstiftende Maßnahme. Aber ohne ein gewisses Begehren gibt es natürlich auch keine Marktwirtschaft und keine Leistung, also den Willen, selber etwas zu erreichen.

Aber ist es nicht kollektiver Diebstahl, wenn sich eine Mehrheit gegen eine kleine Minderheit der Besserverdienenden verbündet und dann wie jetzt in Frankreich diskutiert, ob Einkommen ab einer Million Euro mit 75 Prozent besteuert werden?

Nein, das würde ich nicht sagen. Die Höhe der Umverteilung sagt nicht automatisch etwas über die Höhe der Gerechtigkeit aus. Man muss das, abhängig auch von kulturellen Unterschieden, politisch entscheiden: Wollen wir über mehr Umverteilung mehr Sicherheit im Alter und ein ausgebautes Gesundheitssystem haben, oder wollen wir mehrheitlich, dass der Staat weniger Verantwortung übernimmt und wir uns privat versichern. Es gibt nicht nur einen Weg.

Wenn Sie sich in Deutschland heute umschauen, haben wir dann ein Gerechtigkeitsdefizit, das wir durch Umverteilung beheben müssen?

Die Menschen empfinden das so. Und unsere Statistiken zeigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergegangen ist. Insgesamt ist der Wohlstand nicht einfach geringer geworden, aber die sozialen Verhältnisse driften stärker auseinander. Und die Situation der unteren Schichten der Gesellschaft verfestigt sich, sie fühlen sich bedroht durch Armut.

Hat sich das womöglich auch durch staatliche Alimentation verfestigt?

Ich finde, die Idee des Forderns und Förderns ist nicht verkehrt. Aus Sicht der katholischen Soziallehre leistet ein Staat Hilfe zur Selbsthilfe, es geht um das Subsidiaritätsprinzip. Der Staat soll eben nicht ein Wohlfahrtsstaat in dem Sinne sein, dass er die Eigeninitiative lähmt. Sondern er soll es allen ermöglichen, mit ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Sozialhilfe soll also nicht Alimentierung sein, sondern Anreiz und Ermöglichung, selber wieder tätig zu werden.

Das bedingungslose Grundeinkommen

Fortsetzung auf Seite 64

STAATSHILFEN

Die Retter der Welt

Bankenkrise, Finanzkrise, Schuldenkrise, Euro-Krise: Seit Herbst 2008 versucht die Politik mit Staatsgeldern und Rettungsschirmen, einen Zusammenbruch unseres weltweiten Wirtschaftssystems zu verhindern. Dabei führt die Bekämpfung der einen Krise zur Geburt der nächsten. Zunächst brachte die sogenannte „Subprime-Krise“ auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt die Finanzwelt an den Rand des Zusammenbruchs. Eine globale Rezession konnte nur durch weltweite Bankenhilfen und Konjunkturprogramme verhindert werden. Auch deshalb kam es kurz danach zu einer Staatsschuldenkrise in Europa. Plötzlich wurde offenbar, dass Länder wie Griechenland schon seit Jahren über ihre Verhältnisse leben und damit die gesamte Europäische Währungsunion in Gefahr bringen.

Rettungskosten in der Finanz- und Eurokrise, Volumen weltweit in Mrd. Euro

Finanzkrise
>7045 Mrd. Euro

Euro-Schuldenkrise
990 Mrd. Euro

Abschreibungen der Banken
1188 Mrd. Euro

Bankenrettungspakete:
4845 Mrd. Euro

weltweite Konjunkturprogramme:
>2200 Mrd. Euro

Euro-Rettung (ESM):
750 Mrd. Euro

Griechenland-Rettung*:
240 Mrd. Euro

nach Regionen:

38 Mrd. Euro

83 Mrd. Euro

426 Mrd. Euro

641 Mrd. Euro

Handelsblatt

*Erstes Rettungspaket 110, zweites 130 Mrd. Euro

Quellen: Bloomberg, Reuters, BIZ, IWF

Fortsetzung von Seite 63

oder auch leistungsfreie Grundeinkommen wäre also nicht nach Ihrem Geschmack?

Nein. Ich bin auch erstaunt darüber, wer das alles vertritt.

Wir reden also auch über Leistung?

Nur wer nicht leisten kann, weil er krank ist, alt ist, Kind ist, fällt in eine andere Kategorie. Aber wer eine Leistung erbringen kann, der sollte sie auch erbringen – und man soll ihm helfen, sie zu erbringen, wenn er die Fähigkeit verloren hat.

Und wenn er oder sie faul ist?

Dann wird's schwierig. Das Fordern, auch das Einfordern ist jedenfalls nicht unchristlich.

Und braucht jeder, der sein Kind zu Hause betreut, Betreuungsgeld?

Schwierige Frage. Das gesamte Feld der Familienpolitik sollten wir nicht auf diese Frage konzentrieren. Wir brauchen auf der einen Seite schon Möglichkeiten, dass Eltern Arbeit und Familie verbinden können. Wir brauchen aber auch einen sehr sorgsam Blick auf die ersten Lebensjahre des Kindes. Einfach zu sagen, es ist völlig egal, ob alle auch ab dem ersten Augenblick ohne eine feste Bezugsperson groß werden, halte ich pädagogisch für schwierig. Und wir brauchen auch die Möglichkeit, dass die Eltern sich frei entscheiden.

Und wenn sie das Kind zu Haus lassen und vor den Fernseher setzen? Wir reden hier über die wirkliche Wirklichkeit und nicht übers Bilderbuch.

Das ist eine Wirklichkeit, aber nicht die ganze Wirklichkeit. Wir reden auch über die Mehrheit der Eltern, die durchaus in der Lage ist, für ihre Kinder zu sorgen. Wir sollten jetzt nicht die Extremfälle herausgreifen, indem man sagt, die meisten Eltern seien nicht in der Lage, ihre Kinder zu erziehen.

Brauchen wir nicht ab dem dritten Lebensjahr eine frühkindliche Förderung als Pflicht?

An sich sollte der Staat verpflichtet sein, jeder Familie einen konkreten Platz anzubieten. Die Freiheit, das anzunehmen, muss man den Eltern lassen.

Aber Herr Kardinal, wir sprechen davon, Geld dafür zu geben, dass man wider alle Erkenntnisse sein Kind zu Hause behält.

Diese Diskussion fällt mir schwer. Weil sie sich jetzt auf ein Feld konzentriert, das im politischen Handgemenge entstanden ist. Es gibt verschiedene Lebenskonzepte und verschiedene Lebensmodelle, die auch sein dürfen. Ich möchte aber auf jeden Fall unterstreichen, dass ich es für eine wirklich falsche Entwicklung halte, zu sagen: Dem Kind geht es am besten, wenn es möglichst vom ersten Tag an in einer Kindertagesstätte ist. Wir sollten deutlich machen, und da kann das Betreuungsgeld ein Signal sein, dass die Familie und ihre Leistung nicht ersetzt werden können.

Sie sagen, wir müssen die verschiedenen Lebensformen und Partnerschaften akzeptieren. Heißt das, dass wir gar kein familienpolitisches Leitbild mehr brauchen?

Die erste Verpflichtung für die Kinder haben die Eltern. Aus dieser Pflicht darf man sie auch nicht entlassen. Der zweite Punkt ist aber, dass das Verhältnis von Arbeit und Familie sich verändert hat. In den vergangenen 50 Jahren war es selbstverständlich, dass die Frauen zu Hause blieben. Das wird für die nächste Generation nicht mehr das Leitbild sein. Unser Leitbild als Kirche wird die verlässliche Verbindung von Mann und Frau mit der Offenheit für Kinder bleiben. Und beides schließt sich ja auch nicht aus. Die Berufstätigkeit der Frau muss nicht zu weniger Kindern führen und auch nicht unbedingt zu einer Schwächung der Erziehungsleistung der Familie.

Das sieht man zum Beispiel in Frankreich.

Genau. Aber ich sage noch einmal, dass eben der Staat auch kein Ersatz für die Familie sein kann. Ich habe den Eindruck, dass manche Eltern die Erziehungsaufgaben abgeben. Wenn Eltern sich aber nicht mehr zutrauen, die Kinder zu erziehen, ja wie soll denn dann unser Volk in 20, 30 Jahren aussehen? Da gibt es Grenzen für den Staat. Er kann nicht bis in die letzte Familie hinein alles regeln wollen.

Dennoch versucht er, gerade in Fragen der Familienpolitik möglichst vieles zu regeln. Aber ist es etwa richtig, dass ein Chefredakteur, ein Banker, ein Arzt auch Kinder- und Erziehungsgeld bekommen, Geld, das sie vorher über die Steuer selbst gezahlt haben?

Der Sozialstaat sollte je nach Fähigkeit und Bedürftigkeit fördern. Ich will gar nicht ethisch bewerten, ob der Staat all



Venetia Dearden/VII

jene, die „Ja“ zu Kindern sagen, unterschiedlos fördern sollte. Aber in Zeiten knapper Kassen ist das Kriterium der Bedürftigkeit und der Möglichkeit des Einzelnen, etwas ohne den Staat zu tun, sicher ein berechtigter Maßstab.

Wie hoch schätzen Sie die Staatsverschuldung in Deutschland?

Oh, wie viel Tausend Milliarden sind das? Da muss ich überlegen.

Etwa 2,3 Billionen – nicht zuletzt aufgrund der Dinge, über die wir hier sprechen.

Ich glaube nicht, dass uns das Kindergeld so reinreißt.

Gibt es gute und schlechte Schulden?

Es gibt gute und schlechte Schulden. Das steht für mich außer Frage. Es gibt Schulden, die gemacht werden, um zu investieren. Und es gibt Schulden, bei

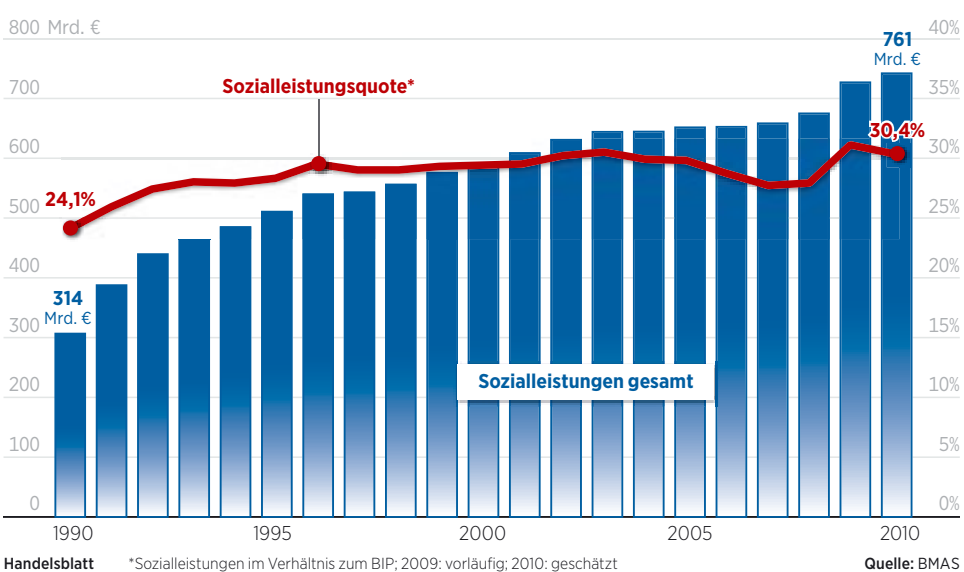
SOZIALLEISTUNGEN

Der alles umsorgende Staat

Die Staatsschuldenkrise ist keineswegs nur die Folge der massiven Rettungsaktionen. Vielmehr zeigt sich jetzt, dass die meisten westlichen Industrieländer seit Jahren ungedeckte Schecks ausgestellt haben. Wie in Deutschland sind die Sozialausgaben in allen westlichen Industrienationen sprunghaft angestiegen. Ein Grund dafür sind die erheblich gestiegenen Gesundheitskosten, die zumindest zum Teil durch staatliche Versicherungen und Zuschüsse mitgetragen werden. Außerdem geht in den kommenden Jahren die „Baby-Boom“-Generation in den Ruhestand. Damit verbunden sind enorme Pensionsansprüche, die vom Generationenvertrag der deutschen Renten-

versicherung kaum einzulösen sind. Die Regierungen versuchen, die Löcher mit Rentenkürzungen und längeren Arbeitszeiten zu stopfen. Zugleich werden aber immer neue Sozialleistungen kreiert. Das umstrittene Betreuungsgeld ist dafür nur das aktuellste Beispiel. Den Staat würde die vermeintliche familienpolitische Wohltat mindestens 1,2 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Bereits jetzt verlangen Unternehmen, die steigenden Kosten der Energiewende durch staatliche Zuschüsse auszugleichen. Die wachsenden Sozialansprüche engen den Handlungsspielraum des Staates immer stärker ein. Sind doch viele Ausgaben gesetzlich garantiert und deshalb nur sehr schwer einzuschränken.

Sozialausgaben in Deutschland, Entwicklung seit 1990 absolut und im Verhältnis zum BIP





Ich habe den Eindruck, dass manche Eltern die Erziehungsaufgaben abgeben. Wenn Eltern sich aber nicht mehr zutrauen, die Kinder zu erziehen: Wie soll dann unser Volk in 20, 30 Jahren aussehen? Der Staat kann nicht bis in die letzte Familie hinein alles regeln.

Mutter mit drei Kindern: Staatsgelder für die Betreuung?

denen man nicht vorhersehen kann, wie sich diese entwickeln und ob sie wirklich etwas nutzen. Bei den Rettungsschirmen für Banken und Krisenländer weiß man nie, wie viel wirklich bezahlt werden muss. Meine große Sorge dabei ist, dass diese Ausgaben zu mehr Inflation führen. Und die muss am Ende die breite Masse der Bevölkerung abarbeiten.

Aber so eine richtige Stabilitätskultur

vertritt die Kirche nicht. Sie sind, zuge-spitzt gesagt, dichter bei Lafontaine als bei Axel Weber.

Was? Weshalb? Ein Beispiel bitte?

Zum Beispiel bei den Themen Steuern und Sozialstaat.

Gut, die Steuersenkungsdebatten der vergangenen Jahre habe ich nie verstanden, das muss ich zugeben. Ich habe das den Politikern auch immer wieder gesagt, ich

habe das auch öffentlich vertreten. Ich weiß wirklich nicht, was es soll, in so einer Situation, wie wir sie seit einigen Jahren in Europa haben, auch noch die Steuern zu senken.

Aber der Staat erwartet Rekordsteuereinnahmen. Kann er da nicht sagen: Ich nehme euch nicht noch mehr weg? Wir reden nicht über Steuersenkungen, sondern über das Verhindern von Steuererhöhungen.

Ich glaube schon, dass Schuldenabbau jetzt Priorität haben muss. Aber da wäre ich bei Ihnen, das Thema Steuergerechtigkeit müssen wir auch diskutieren. Wir brauchen ein transparentes, nachvollziehbares Steuersystem, das der Einzelne auch verstehen kann. Ich habe den Eindruck, keiner will da politisch ran, weil es sehr kompliziert ist.

„Der Schuldenabbau muss jetzt Priorität haben.“

Aber warum reden wir beim Thema Steuern immer nur über die Einnahmenseite? Man kann doch auch sparen. Nämlich?

Indem wir Ausgaben kürzen. Man kann doch noch viel mehr machen, als den Leuten immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen.

Die Soziallehre der Kirche will wirklich nicht möglichst viel Geld verteilen. Das ist nicht der Punkt. Aber der Staat soll den Menschen ermöglichen, ihren Beitrag zu leisten, ihre Fähigkeiten einzubringen. Das heißt, er muss alles tun, damit Menschen arbeiten können, damit sie Familien gründen können, dass sie Ja sagen können zum Leben, dass sie in Krankheit und Arbeitslosigkeit abgesichert sind. Wie man das organisiert, muss man sehen. Und dazu gehört natürlich auch, dass man denen, die mehr haben, mehr Verpflichtung auferlegt. Das ist ja unser Steuersystem. Man kann über Prozente streiten. Aber ich würde nicht bei den Ärmsten sparen.

Die Wahrheit ist immer konkret: Wo würden Sie sparen?

Ich bin als Bischof und Kardinal kein poli-

tischer Akteur, der sich zu sehr in die Tagespolitik einmischen sollte.

Sie versuchen auszuweichen. Wir reden hier über Leitplanken, nicht über Steuersätze und Abschreibungsbedingungen. Gibt es eine Grenze für den Staat, wo er durch seinen Paternalismus Leistung und Eigenverantwortung lähmt?

Ich glaube jedenfalls nicht, dass dieser Punkt erreicht ist. Nehmen Sie etwa den Versuch, die Familie steuerlich weniger zu belasten als Singles. Das ist doch eine Leitplanke. Oder den Grundsatz, dass jene, die hohe Einkommen haben, steuerlich stärker belastet werden. Das ist auch eine Leitplanke.

Aber wir wollten doch übers Sparen sprechen, oder?

Dazu muss man die einzelnen Punkte der Staatsausgaben durchgehen. Das ist ja eine Sache, die selbst das Kabinett nicht hinbekommt. Ich greife mal einen Punkt heraus: Durch die veränderte politische Situation konnten die Ausgaben im Bereich Militär gesenkt werden. Kann da noch mehr erfolgen? Ich weiß nicht, ob das so einfach geht, ich bin kein Politiker. Ich kann nur sagen: Man muss in jedem Einzelfall abwägen. Aber vielleicht sollte ich mal aufhören, über Politik zu reden und lieber über den Bereich, den ich zu verantworten habe. Ich habe als Bischof durchaus Sparprozesse in der Kirche miterlebt.

Da kann man die Steuern auch nicht erhöhen.

Man kann nicht alles beibehalten, weil die Kirchensteuer langfristig nicht alles finanzieren kann. Und da mussten wir etwa im Bistum Trier ein Bildungshaus aufgeben und Stellen streichen. So sind 30 Millionen Euro zusammengekommen, die immer noch nicht gereicht haben. Mein Nachfolger in Trier musste dann noch mal weitere Schritte gehen, aber so hatten wir immerhin einmal einen Anfang. Eine Kommission hat dann Kriterien erarbeitet wie „absolut notwendig“ beziehungsweise „nicht unbedingt notwendig“. Das wurde dann in den entsprechenden Gremien diskutiert, und dann wurde gespart. Das müsste der Staat auch machen.

Sie beschäftigen sich viel mit Politik und Wirtschaft. Welcher Denker hat Sie eigentlich am stärksten inspiriert?

Der inspirierendste Denker? Schwer zu sagen.

Sie haben wahrscheinlich Adam Smith gelesen ...

Aber natürlich! Als ich mich zum ersten Mal überhaupt mit den wirtschaftlichen Dingen beschäftigte, war das schon die Neuentdeckung von Adam Smith. Das war eine Schlüsselerfahrung, weil ich ihn vorher nur oberflächlich als einen der Wegbereiter des Kapitalismus und nicht als Moralphilosophen wahrgenommen hatte.

Gibt es zeitgenössische Denker, wo Sie sagen, da höre ich zu, das interessiert mich, da spitze ich die Ohren?

Da will ich mich nicht auf einen festlegen. Das geht querbeet. Manchmal horche ich auf, wenn ich einfach jemandem im Fernsehen zuhöre. Das kann Lorient oder Gerhard Polt, Robert Spaemann oder Wolfgang Schäuble sein, vielleicht sogar Steingart.

Herr Kardinal, danach kann nichts mehr kommen. Wir danken Ihnen für dieses Interview.

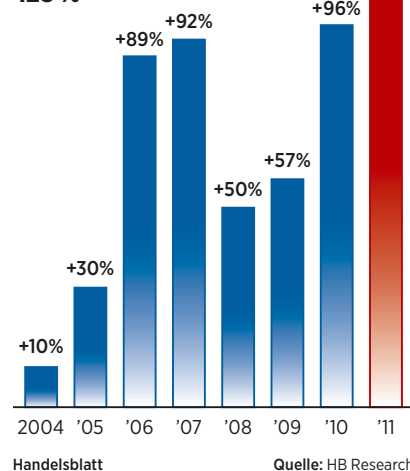
GEHÄLTER

Ihr da oben!

Als Volkswagen-Chef Martin Winterkorn vor kurzem ein Jahresgehalt von mehr als 16 Millionen Euro einstreichen konnte, ging ein Aufschrei durch die Republik. Das sei das 200-Fache dessen, was mancher deutscher Facharbeiter verdiene, monieren die Kritiker. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement weist darauf hin, dass sich die Vorstandscheffe von Dax-Unternehmen früher mit dem 25-fachen Einkommen ihrer Facharbeiter begnügt haben. Unterschiede gibt es nicht nur in der absoluten Höhe der Gehälter, sondern auch in den Steigerungsraten. In den meisten Industrieländern zeigt sich der Trend, dass die besser verdienende Wirtschafts- und Wissenselite überproportional vom Produktivitätsfortschritt im Zuge der Globalisierung und technischen Entwicklung profitiert. Dadurch geht die Einkommensschere noch weiter auseinander.

Prozentuale Veränderung der Dax-Vorstandsgehälter zu 2003

Die Bezüge stiegen um 125 %



Prozentuale Veränderung des Tariflohnlevels zu 2004

Die Löhne stiegen um 12,3 %

